



Hagai Dagan – Israel
Fernsicht

Von zwei, die auszogen, Menschen zu morden

Zur Zeit des letzten Terrorattentats in Tel Aviv saß ich – gar nicht weit entfernt – mit zwei Freunden in einem Lokal – einer bayerischen Kneipe im Zentrum der Stadt. Plötzlich bemerkten wir, wie die Leute in dem Restaurant anfangen, besorgt auf ihre Handys zu starren. Es dauerte nur wenige Minuten, bis auch schon die Sirenen der Polizei- und Krankenwagen zu hören waren. Die Leute fingen an, das Lokal zu verlassen. Wir blieben zwar, verzogen uns aber in die Bar im Keller und stellten uns vor, dort so sicher wie in einem Bunker zu sein, der uns vor der Wirklichkeit draußen, die uns zu diesem Zeitpunkt ein wenig verrückt und absurd erschien, schützen würde.

Als ich das Lokal verließ, um mit dem Fahrrad nach Hause zu fahren, sah die Stadt aus wie ein dystopisches Gelände; wie eine Szene aus der Serie „Der Report der Magd“. Überall Polizei und Sondereinheiten; die Straßen wie ausgestorben. Die ganze Nacht über durchkämmten Sicherheitskräfte Straßen und Hinterhöfe auf der Suche nach dem Attentäter, der auf der Flucht war. Sie fanden ihn Stunden später und erschossen ihn auf der Stelle.

Wie einst Samson im Alten Testament den Tempel zum Einsturz bringt

Raad Fathi Hasem aus dem Flüchtlingslager Dschenin hat drei junge Männer, die im Ilka-Pub Bier tranken, erschossen und sechs weitere Menschen verletzt. Was wollte er damit erreichen? Der für seine linke Haltung bekannte Gideon Levy schrieb in der Tageszeitung *Ha'aretz*, dass Hasem und viele wie er in einer Realität ohne jeden Sinn, unter Besatzung aufgewachsen sind. Seine Tat bringe in erster Linie seine Frustration darüber zum Ausdruck, dass er nicht so leben kann wie die Leute in der Ilka-Bar. Wie üblich stieß der Text von Levy auf großen Unmut und Widerspruch.

Es lässt sich schwerlich darüber streiten, dass Israel 1948 Hunderttausende Palästinenser vertrieben hat und 1967 das Westjordanland militärisch besetzte. Ebenso schwerlich lässt sich über das schreckliche Leid streiten, das den Palästinensern in all den Jahren seit 1948 bis heute angetan wurde. Aber es scheint, dass die sogenannte Palästinenserfrage heute unter dem Einfluss und der Kontrolle von Gruppen steht, die auf innerpalästinensischer Ebene politische und militärische Macht gewinnen wollen. Die Attentate auf israelisch-jüdische Zivilisten dienen den Interessen dieser Gruppen, die im internen Machtkampf damit punkten können.

Ein Teil der Täter der jüngsten Anschläge identifizierte sich mit dem IS. Andere mit der islamistischen Hamas. Sie haben nicht unbedingt das Ende der Besatzung zum Ziel. Sie wollen als Schahid sterben, als Märtyrer, sie streben eine islamische Nation an, wollen „das Blut der Zionisten vergießen“, sich rächen oder einfach „im Gesicht der Juden explodieren“, wie einst Samson im Alten Testament, der den Tempel des Gottes Dagon zum Einsturz bringt und ruft: „Meine Seele sterbe mit den Philistern!“ – nur, dass er ein Israeli des Stammes Dan war, der ein Selbstmordattentat verübte.

Im Gegensatz zu den üblichen Reaktionen in vielen anderen Städten riefen die Leute in Tel Aviv nicht „Tod den Arabern“, und die Politiker sahen davon ab, die Bevölkerung anzustacheln. Die Leute kamen ganz still zusammen, zündeten Kerzen an, und am Ende kehrten sie in die Pubs und Cafés zurück – vielleicht ein Stück weit mit Verdrängung, vielleicht ein wenig trauriger.

Tel Aviv ist ein bisschen wie die Küstenstädte der Philister, die eine Anziehungskraft auf Samson hatten und die er zerstören wollte. Tel Aviv ist bei den radikalen Juden so unbeliebt wie bei den Palästinensern. Vielleicht überwinden sie sie und sie schmilzt im Schaum der Mittelmeerwellen, wie eine Stadt der Philister, wie ein Traum.

Hagai Dagan ist Autor mehrerer Romane und populärwissenschaftlicher Schriften zu jüdischem Denken. Er leitet die Abteilung für Jüdische Kultur an der Sapir-Hochschule in Sderot.

Kommentar von **Katrin Gottschalk** über die Linkspartei

Dem Nachwuchs die Macht

In der Gründungserklärung der Linkspartei fehlt ein entscheidender Satz: Wir wollen regieren. Man kann den Machtanspruch mit viel gutem Willen allenfalls herauslesen, wenn dort „Gestaltungsanspruch“ steht oder dass man um „Mehrheiten werben wolle“.

Seit 2007 hat sich das ein oder andere getan, einzelne Linke stellen ganz klar den Machtanspruch, andere – wie Bodo Ramelow – regieren auf Länderebene. Aber Macht ist ein schmutziges Wort in weiten Teilen der Linken. Auch in der Linkspartei. Und Macht bekommt in einer Demokratie nur, wer sie möchte und bereit ist, dafür glaubhaft Verantwortung zu übernehmen bereit ist.

Dass die Linke als Teil einer Bundesregierung Verantwortung übernehmen kann, haben ihr in Deutschland zur Bundestagswahl 2021 nur 2,3 Millionen Menschen zugetraut. Zu realitätsfern die außenpolitischen Posi-

tionen, zu zerfurcht das Personal. 2,3 Millionen haben die Partei immerhin gewählt – aber womöglich auch nur aus Prinzip.

Immer wieder war in den letzten Tagen zu hören, auch von der Partei selbst, dass es die Linke brauche – als Opposition links der SPD. Aber das ist zu wenig. Jede andere Partei im Bundestag stellt klar den Regierungsanspruch – und hat deshalb auch mehr Stimmen bekommen. Wer soll eine Partei wählen, der man den Regierungswillen auf Bundesebene gar nicht abnimmt?

Der Linkspartei täten neue Führungspersonen gut, die genau das wollen: regieren. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft ist ja offenkundig. Es fehlt eine Partei, die die soziale Frage ins Zentrum ihrer Programmatik stellt und diese mit einer feministisch-intersektionalen Haltung beantwortet. Aber eine emanzipatorische Politik ist nicht glaubwürdig, wenn sie sich in der Außenpolitik nicht gegen Kriegsverbrecher wie

Putin ausspricht. Die lautesten Stimmen der Linken sind vorläufig die von gestern.

Wenn jetzt neue Gesichter kommen, wie sich das Hennig-Wellsow wünscht, dann sollte sie sich auch wünschen, dass die Alt- oder Mittelaltlinken der Partei diese auch akzeptieren. Hinter jedem Nachwuchstalente steht ein nörgelnder Genosse, der sein Besserwissen kundtut und damit die Legitimität der Führung immer wieder infrage stellt. Das muss aufhören.

Gerade in linken Strukturen bekommen destruktive Kräfte mehr Raum als anderswo, denn hier wird Kritik hochgehalten. Manchen ist das eigene Recht behalten wichtiger als das gemeinsame Gestaltenwollen. Schon die Gründungserklärung der Linken beschäftigt sich vor allem mit internen Diskussionen. Die Partei muss jetzt ihre neuen, jungen Mitglieder machen lassen. Und die Jungen müssen ernsthaft wollen.

politik 10



Kommentar von **Eric Bonse** zu der drohenden Auslieferung von Julian Assange

Das Schweigen der EU

Was sagt die Europäische Union zu Julian Assange? Was tut sie für den prominenten Wikileaks-Gründer und Whistleblower, der schwerkrank im Londoner Hochsicherheitsknast Belmarsh einsitzt und dem in den USA bis zu 175 Jahre Haft drohen?

Wir wissen es nicht. Denn die EU schweigt. Weder die eigentlich zuständigen EU-Kommissare Věra Jourová und Didier Reynders noch Ratspräsident Charles Michel wollen den Fall kommentieren. Auch das Europaparlament sagt nichts dazu.

Dabei wäre diese Woche eine gute Gelegenheit gewesen, endlich mal den Mund aufzumachen. Ein britisches Gericht hat formell die umstrittene Auslieferung in die USA genehmigt. Nur Innenministerin Priti Patel kann Assange jetzt noch retten. Der Fall ist damit endgültig zum Politikum geworden. Die Justiz ist durch, nun muss die Politik Farbe bekennen. Und das nicht nur

in Großbritannien, wo Patel eine historische Entscheidung treffen muss – hoffentlich gegen die Auslieferung.

Auch die EU ist gefordert, für europäische Werte wie die Meinungs- und Pressefreiheit einzutreten und Assange vor dem absurden Vorwurf der Spionage zu retten. Wenn sie es nicht bald tut, verspielt sie endgültig ihre Glaubwürdigkeit. Die ist leider schon jetzt angekratzt. Seit die EU-Kommission Anfang März die russischen Staatsmedien RT und Sputnik verboten hat, ist die Freiheit der Presse eingeschränkt. Sogar die EU-Grundrechtecharta wurde verletzt.

„Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die (...) Freiheit ein, Informationen und Ideen (...) ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben“, heißt es in Artikel 11. Er wurde missachtet. Im Fall Assange droht nun der nächste, noch härtere Schlag. Denn

hier geht es nicht „nur“ um Fake News aus Russland, sondern um Enthüllungen aus den USA und aus allen Ländern, in denen die Amerikaner aktiv sind.

„Wenn Assange an die USA ausgeliefert wird, müssen Journalisten weltweit immer genau schauen, ob sie Informationen veröffentlichten, die US-Interessen schaden“, warnt Amnesty International. Alle Reporter hätten dann die Schere im Kopf.

So weit darf es nicht kommen. Auch in Zukunft muss es erlaubt sein, US-Kriegsverbrechen wie die Folter im Gefängnis von Abu Ghraib und gezielte Luftangriffe auf Zivilisten im Irakkrieg aufzudecken. Wir brauchen nicht einen, sondern viele Assanges.

Dies gilt auch und gerade vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs. Die EU will die russischen Kriegsverbrechen untersuchen und bestrafen. Dasselbe muss für amerikanische Vergehen gelten. Zweierlei Maß darf es nicht geben, schon gar nicht in der EU.

Der rote Faden

Ischia



Durch die Woche mit
Nina Apin

Fragen an Merkel am Golf von Neapel

Ostermontag, hoch oben über Neapel. Ich stehe an der Klippe des Cap Posillipo und genieße den Ausblick über das Meer. Unter mir öffnet sich prachtvoll der Golf, von hier aus sieht man die „drei Schönen“ im Wasser liegen, die Inseln Capri, Procida und Ischia, die Lieblingsinsel der Ex-Kanzlerin. Ich stelle mir vor, wie „La Märkäl“, wie die Italiener sie nennen, drüben in einem Strandrestaurant sitzt mit ihrem Mann, vor sich einen Teller Linguine allo Scoglio, nach Klippenart, mit Muscheln, vielleicht auch ein Glas Weißwein. Merkels bevorzugter Ort ist das beschauliche Fischerdorf Sant'Angelo

– vor rund zwanzig Jahren, es war während des zweiten Tschetschenienkriegs, habe ich einmal einen Tross Leibwächter und Fotografen über die Piazza huschen sehen, in ihrer Mitte zwei Menschen, das müssen sie gewesen sein.

Vielleicht war es aber auch Gerhard Schröder mit seiner damals aktuellen Gattin, auch er ein Liebhaber der Insel mit den Thermalquellen und seit 2004 Ehrenbürger von Ischia. Ob er es noch ist, angesichts seiner Freundschaft zum Kriegsverbrecher Putin? Und ob Merkel, wenn sie heute auf Ischia urlaubt, dort noch so willkommen ist wie früher, jetzt wo die verheerenden Folgen ihrer

Klimaaktivismus versus Querdenken

Das Wohl aller ist entscheidend für den zivilen Widerstand. Der Schaden muss überschaubar bleiben und Erfolg nicht völlig unwahrscheinlich

Von **Bernward Gesang**

Die Organisation „Letzte Generation“ fordert den demokratischen Rechtsstaat heraus, indem sie Autobahnen sperrt, um auf Klimaschutz und Lebensmittelverschwendung aufmerksam zu machen. Gegen „normale“ Protestaktionen spricht, wie Mitglied Tobias März in der taz erklärt, „Damit bekommen wir nicht die nötige Aufmerksamkeit.“

Die Reaktionen sind vielfältig. Justizminister Marco Buschmann (FDP) schrieb bei Twitter: „Ziviler Ungehorsam ist im deutschen Recht weder Rechtfertigungs- noch Entschuldigungsgrund. Unangemeldete Demos auf Autobahnen sind und bleiben rechtswidrig.“

Was ist „zivilen Ungehorsam“ genau und wie weit ist er zu rechtfertigen? In der Philosophie wird spätestens seit der Zeit von John Locke (1632–1704) darüber nachgedacht. Locke war der Meinung, ungerechter und ungesetzlicher Gewalt dürfe man mit Gewalt begegnen. Aber ungesetzlich ist die Gewalt durch unseren Rechtsstaat nicht. Lockes Kriterium verweist auf den Konflikt Bürger versus Unrechtsstaat, also auf die Rechtfertigung von Bürgerkrieg und Revolution. Das ist eine neue Frage, die sich etwa in Belarus stellt. Locke bringt uns aber auch bei der Frage nach gerechtfertigtem zivilem Ungehorsam voran, indem er zwei Punkte formuliert: Erstens wenn ich zur Vermeidung der Ungerechtigkeit das Gesetz nicht anrufen konnte, bin ich zum Widerstand ermächtigt. Zudem erkennt Locke zweitens, dass ziviler Ungehorsam als Motor für den Wandel des Rechts unerlässlich ist. Nur so kann das Recht sich gesellschaftlichen Erfordernissen anpassen, indem es durch Aktionen, die seine Grenzen, aber nicht seinen Geist verletzen, herausgefordert wird. Also ist ziviler Ungehorsam per se gesetzeswidrig, aber erwünscht, anders als Buschmann meint.

Damit wissen wir schon mal: Ziviler Ungehorsam unterscheidet sich von Revolution. Es müssen ihm, pragmatisch abgewandelt, mindestens andere wirkungslose legale Versuche vorausgegangen sein, um das Recht fortzuentwickeln. Ein zusätzliches Element, das in sehr vielen Definitionen des Begriffs eine Rolle spielt, ist das Folgende: Es muss eine Situation gegeben sein, in der der Rechtsstaat ein grundlegendes moralisches Prinzip wie die Wahrung der Menschenrechte, der Gerechtigkeit oder des Allgemeinwohls verletzt. Das wiederherzustellen, ist das Motiv des gerechtfertigten zivilen Ungehorsams. Auch Hannah Arendt betonte, dass gerechtfertigter ziviler Ungehorsam nicht Ausnahmen aus den Gesetzen für Einzelne (zum Beispiel Kriminelle) bezweckt, sondern auf das Wohl aller zielt und deshalb auch öffentlich stattfindet. Die Aktionen der „Ungehorsamen“ sollen die Öffentlichkeit aufrütteln, werden nicht verheimlicht und sind prinzipiell von jedermann und nicht nur von einigen Cliquen ausführbar.

Damit wissen wir erneut mehr. Elementar ist, dass hier Stoff ist, um Klimaaktivismus von einigen Arten des Querdenkens und Trumpismus zu unterscheiden. Die Bewegungen haben vieles gemeinsam, etwa die Öffentlichkeit, sodass der Verdacht aufkommt, beides könnte gerechtfertigter ziviler Ungehorsam sein: Wenn Klimaaktivisten Recht verletzen dürfen, dürfen Querdenker das auch? Nein, denn weder Rechtsradikalismus noch Trumpismus haben einen glaubwürdigen Bezug auf das Allgemeinwohl beziehungsweise die Menge des Wohlergehens in der Gesellschaft. Es geht ihnen darum, eine kleine Teilgruppe gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft zu bevorzugen und damit andere Teilgruppen zu be-

Illustration: Katja Gendikova



nachteiligen. So gehen Proteste auf das Konto der Teile der Gesellschaft, die sich nicht gegen Ansteckung durch das Coronavirus schützen können.

Auch wenn die Rhetorik solcher Gruppen auf „Grundrechten für alle“ basiert und daher einen Allgemeinwohlbezug vortäuscht, muss man sich immer fragen: Wer wird durch die Proteste in welchem Maße geschädigt? Durch Klimaschutz niemand, durch ein Querdenken, das bewirkt, dass Schutzmaßnahmen vorzeitig enden, einige erheblich. Gleiches gilt für den Trumpismus und die AfD. Es gilt das Wohl einer kleinen Teilgruppe ge-

gen andere Teilgruppen auszuspielen: „America first“, gemeint ist damit nicht die ganze Nation, sondern das „weiße“ Amerika. Zwar gibt es auch legitimen zivilen Ungehorsam von Minderheiten, die auf gleiche Anerkennung zielen, man denke nur an die Behindertenbewegung. Aber bei diesen Bewegungen gilt: Wenn ihre Ziele erreicht sind, wird deshalb niemand nennenswert schlechter gestellt sein.

Wie steht es nun mit dem etwa von dem amerikanischen Vordenker des Liberalismus John Rawls beschworenen Kriterium, dass gerechtfertigter ziviler Ungehorsam gewaltfrei sein muss und niemandem schaden darf? Gewalt ist durch die WHO definiert als „schädigende Ausübung von Macht“. Gewalt und Schädigung hängen also zusammen. Kein Protest ist ohne Schädigung möglich. Schaden entsteht immer, auch durch Worte, die psychische Lasten für andere bedeuten.

Zudem ist Gewalt für manche Proteste unumgänglich. Hungerstreiks beinhalten Gewalt gegen sich selbst. „Containern“, also die Rettung von Lebensmitteln, die in Müllcontainern von Lebensmittelhändlern entsorgt werden, funktioniert nur, wenn man auf das Gelände der Händler vordringt und damit Hausfriedensbruch begeht. Dabei muss man sich im Normalfall gewaltsam Zutritt verschaffen, indem man Schlösser aufbricht. Nicht genehmigte Demonstrationen schaden dem Staat, denn sie zwingen ihn, sie zu beobachten oder aufzulösen. Polizeikontingente müssen bereitstehen. Auch das ist eine Form von Schädigung, denn man zwingt den Staat dazu, Kosten zu tragen, die zulasten von irgendjemand oder irgendetwas gehen.

Fordert man also völlige Gewaltfreiheit von „Ungehorsamen“, fordert man eigentlich etwas ge-

Gewalt gegen Sachen und Schädigung von Personen hängen zusammen. Daher kann man nur fordern, dass Gewalt in ihrem Ausmaß minimiert wird: so wenig Gewalt wie möglich und keine Gewalt, die über eine gewisse Schadenssumme hinausgeht. Die tolerierbare Schadenssumme ist natürlich relativ zum Vermögen des Geschädigten. Schlösser bei Lebensmittelhändlern aufzubrechen, schädigt diese nicht nennenswert. Polizeikontingente für Demonstrationen bereitzustellen, schädigt den Staat nicht nennenswert. Millionenschäden für einen Lebensmittelhändler bedeuten jedoch schon eine andere Dimension.

Bleibt ein letztes Kriterium, um die Aktionen der „Letzten Generation“ zu bewerten. Ziviler Ungehorsam ist nur gerechtfertigt, wenn sein Erfolg nicht völlig unwahrscheinlich ist. Er kostet jedenfalls viel, sei es finanziell oder an Verunsicherung des Rechtsbewusstseins. Deshalb muss er auch wahrscheinlich etwas bringen. Eine von manchen Aktivisten erwogene Revolution gegen unseren Staat, die ihn durch eine „Ökodiktatur“ ersetzen

Völlige Gewaltfreiheit von „Ungehorsamen“ ist etwas Unmögliches

sollte, hätte keine Chance auf Erfolg. Es droht ineffektiver und zudem blutiger Widerstand wie zu Zeiten der Baader-Meinhof-Bande. Allein deshalb wäre der Versuch, eine Ökodiktatur zu errichten, nicht zu rechtfertigen.

Nun können wir die fraglichen Aktionen der Klimaaktivisten bewerten. Grundsätzlich handelt es sich dann um gerechtfertigten zivilen Ungehorsam, der auch Gesetze bricht, wenn er (anders als bei gerechtfertigten Revolutionen) gewaltarm ist. Er muss öffentlich geschehen, sein Ziel muss nachvollziehbar im Sinne des Wohls aller Menschen sein, ihm müssen rechtlich zulässige Aktionen erfolglos vorausgegangen sein und sein Ziel darf nicht wahrscheinlich unerreichbar sein.

Wenn man all diese Kriterien anwendet, sind gewaltarme Autobahnsperrungen prinzipiell zu rechtfertigen. Gewaltarm sind sie insbesondere, wenn sie zum Beispiel Rettungsgassen für Notfälle garantieren und sonstige nennenswerte Schädigungen von Personen ausschließen. Ob das gegeben ist, darüber streiten Veranstalter und Kritiker. Außerdem sind Schäden von betroffenen Autofahrern zwar verglichen mit dem Ziel „Klimaschutz“ im Einzelnen unbedeutend, sie häufen sich aber durch wiederholte Aktionen an. Irgendwann wird die ohnehin eingeschränkte Erfolgswahrscheinlichkeit des Protests durch die vielen kleinen Schäden überwogen, die er verursacht.

Einzelne gewaltarme Sperrungen halte ich also für zu rechtfertigen, gehäufte Sperrungen, wie wir sie derzeit erleben, verursachen zu viele Schäden. Sie erschöpfen das Medieninteresse und haben deshalb immer geringere Chancen, etwas zu verändern.

Aufseiten des Staates würde man erwarten, dass er bei gerechtfertigtem zivilem Ungehorsam seine Gesetze ständig überprüft. Und dass er sich beim Strafmaß für die Ahndung zurückhält. Der Umgang mit gerechtfertigtem zivilem Ungehorsam ist der Lackmustrtest für gereifte Demokratien und muss als notwendiges Element ihrer politischen Kultur angesehen werden.

Bernward Gesang ist Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik und Autor. Zuletzt erschien „Mit kühlem Kopf. Über den Nutzen der Philosophie für die Klimadebatte“.



Foto: Alexander Sterzik

Solidaritätsbefragung

von deutschem Wirtschaftsgeizismus getriebenen „europäischen“ Russlandpolitik so klar daliegen wie das Meer am Strand von Sant' Angelo? Jedenfalls war von Frau a.D. bislang nicht mehr zu hören als eine schmallippige Mitteilung, dass es richtig war, 2008 der Ukraine und Georgien den Nato-Beitritt zu verweigern. Ob Merkel in ihrem Urlaub von der eigenen Politik wohl die blauegelbe Solidaritätsbefragung auf vielen Dächern in Kampanien wahrnimmt, die Informations- und Hilfestationen für ankommende Flüchtlinge, die zwischen den Touristenströmen umherirrenden Frauen und Kinder?

Im Bus 140, der den Hügel zum Hafen herunterrattert, spricht mich eine Frau auf Polnisch an, dann auf Ukrainisch. Sorry, deutsche Touristin, sage ich. Das ist gut, antwortet sie auf Englisch, so solle es auch sein: zu Ostern Meer und Pizza mit der Familie. Sie hingegen hänge hier fest und warte auf ihren Mann, der in Deutschland Arbeit gefunden habe. Bald wollten sie sich in Neapel treffen und zusammen überlegen, wie und vor allem wo es jetzt für sie weitergehe. Nach Hause könnten sie nicht mehr, „kaputt“, murmelt sie auf Deutsch und zuckt hilflos mit den Schultern.

Auszeit

Ja, es ist ein Luxus, sich für ein paar Tage eine Auszeit vom Alltag und den (Kriegs)nachrichten zu nehmen und mit der Familie auf den Klippen herumzusteigen. So ganz wegdrängen lassen sich die Nachrichten natürlich nicht – beim Kaffee mit einem italienischen Bekannten frage ich, ob eigentlich schon jemand zurückgetreten sei aus der Ära Merkel. Eine logische Frage, vor allem aus Italien, wo man noch gut im Ohr hat, wie schulmeisterlich deutsche Politiker:innen in der Eurokrise den südlichen „Schuldenstaaten“ erklärten, dass man für die Folgen der eigenen Politik halt auch selbst einstehen müsse.

Wer steht eigentlich ein für die offensichtlich gescheiterte deutsche Russlandpolitik? Merkel ja nicht mehr. Steinmeier? Hat wortreich Abbitte geleistet, um sein Amt zu retten. Oder Nord-Stream-2-Königin Schwesig? Beharrt noch immer auf den Vorzügen der „brückenbauenden“ Gasinfrastruktur. Und Bundeskanzler Scholz? Was denkt er, was will er, was will er liefern nach Kiew? Ehrlich gesagt: keine Ahnung. Oder wie würden Sie so einen Satz übersetzen, und sei es auch nur ins Deutsche: „Deshalb ist es so, dass es kein Zufall ist, dass alle zu dem gleichen Schluss gekommen sind, dass den

Nullfloskel

meisten Sinn macht, wenn zum Beispiel solche Systeme, die bei den osteuropäischen Nato-Partnern noch vorhanden sind, von dort aus eingesetzt werden, und wir denen dann ermöglichen, dass ihre eigene Sicherheit für die Zukunft gewährleistet bleibt.“

Ist damit dieser Waffen-Ringtausch gemeint? Oder ist das wieder nur so eine Scholz'sche Nullfloskel? Zur Übersetzung behelfe ich mich mit einer international bekannten Geste: Beide Handflächen zeigen geöffnet nach oben.

Nächste Woche: Ariane Lemme

